

Freitag, 3. September 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie bereits aus den Medien erfahren haben, haben wir als SPD-Landtagsfraktion am 1. September die Entscheidung getroffen, dem 5. Grundschuljahr nicht zuzustimmen.

Wir haben in den letzten Monaten im Rahmen der Kampagne „Macht Bildung“ einen sehr breit angelegten Dialog mit allen am Bildungssystem Beteiligten und Interessierten in unserem Land über die Anforderungen an Verbesserungen in unserem Schulsystem geführt. Trotz großer Bedenken gegenüber dem halbherzigen und unausgegrenzten Formelkompromiss der Landesregierung, die Grundschulzeit um 12 Monate zu verlängern, haben wir die Diskussion ergebnisoffen geführt.

Das 5. Grundschuljahr war nie unsere Idee. Dennoch haben wir uns diese Frage bislang auch offen gehalten, weil wir alle Argumente berücksichtigen wollten. Die Ablehnung in den Dialogveranstaltungen und Anhörungen war aber so überwältigend einhellig, dass eine weitere Verunsicherung der Schüler und Eltern nicht mehr zumutbar gewesen wäre. Unter Abwägung aller organisatorischen, vor allem aber pädagogischen Argumente sind wir zu dem Schluss gekommen, dass bei der Einführung eines 5. Grundschuljahres im Ergebnis mehr Schaden angerichtet als Nutzen erzielt würde.

Alleine schon das heillose Chaos der letzten Tage der in dieser Frage vollends zerstrittenen Jamaika-Koalition lässt uns daran zweifeln, ob eine solche Reform überhaupt den SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen zumutbar wäre. Nach der vermurksten Einführung des G8, also der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur, und der schmerzhaften und sinnlosen Schließung von über hundert Grundschulen im Land würde das 5. Grundschuljahr erneut tiefe Wunden schlagen. Das wäre pädagogisch unverantwortlich und politisch in höchstem Maße gefährlich.

Vor allem aber haben die Koalitionspartner in den letzten Tagen gezeigt, dass sie völlig unfähig sind, eine solch einschneidende Reform vernünftig umzusetzen. Wenn innerhalb weniger Tage zu diesem Thema zunächst eine Regierungserklärung abgegeben wird und danach von den Grünen das Projekt als unwesentlich abgewertet wird, kann man nur noch von einer Farce reden. Dass damit auch Bildungsminister Kessler von seinem eigenen Parteivorsitzenden zur Witzfigur gemacht wird, passt ins Bild. Wir haben von dieser Farce nun endgültig genug.

Die Expertise, die wir in zahlreichen Fachgesprächen, Anhörungen und Veranstaltungen herangezogen haben, hat unsere von Beginn an vorhandene Skepsis nicht nur bestärkt, sondern uns vollends überzeugt: Ein 5. Grundschuljahr bringt niemandem bessere Bildungschancen, birgt auf der anderen Seite aber enorme und teilweise nicht einmal abschätzbare Risiken und verursacht – materielle wie pädagogische – Kosten.

Hinzu kommt, dass – mit Ausnahme der kleinsten Landtagsfraktion – keine Institution, kein Verband, keine Organisation, angefangen bei den Schüler- und Elternvertretungen über Gewerkschaften und Lehrerverbände, Kammern und Unternehmensverbände die Pläne unterstützt.

Nicht zuletzt die umfassende Analyse, die wir in dieser Woche mit dem Leiter der Hamburger Schulbehörde Peter Daschner – auch und gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen und Erkenntnisse mit den dort gescheiterten Plänen einer sechsjährigen Primarschule – vorgenommen haben, hat letzte Zweifel ausgeräumt: der nicht einmal ansatzweise belegbare Nutzen eines 5. Grundschuljahres stünde in keinsten Weise im Verhältnis zu den Kosten und Verwerfungen, also dem Schaden, der in jedem Fall entstünde.

Beispielhaft seien nur erwähnt:

- die Schaffung einer zusätzlichen Hürde im Übergang vom 4. ins 5. bzw. vom 5. ins 6. Schuljahr bei notwendigem Gebäudewechsel;
- 60 Prozent der Grundschulen haben keine Räumlichkeiten;
- immense Kosten für die Schulträger;

- ungeklärte Organisation des Lehrereinsatzes;
- erschwerte bis unmögliche Kooperation mit dem Nachbarland RLP;
- zusätzliche Hürden beim Wechsel aus einem oder in ein anderes Bundesland;
- Transport von Kindern statt wohnortnaher Bildungsangebote;
- notwendige Überarbeitung aller Lehrpläne aller Schulformen;
- Erschwernis des Ausbaus echter Ganztagsangebote.

Anstelle dieser offenkundig falschen Weichenstellung empfehlen wir der Landesregierung, die Kräfte auf die Verbesserung der frühkindlichen Bildung, den Ausbau hochwertiger ganztägiger Bildungsangebote und den Aufbau einer tatsächlich gleichwertigen zweiten allgemein bildenden Schule zu konzentrieren.

Jetzt wird es hoffentlich auch möglich sein, über die wirklich wichtigen und nach vorne weisenden Dinge gehen, wir setzen weiter auf breite Beteiligung.

Unsere Zustimmung zu einer Gemeinschaftsschule bleibt möglich, wenn diese zweite Säule nicht hinter das Modell der integrierten Gesamtschule, wie es im Schengen-Lyzeum aus unserer Sicht vorbildhaft verwirklicht wird, zurückfällt.

Wenn die zweite Säule nicht zur zweitklassigen Säule und damit im schlimmsten Fall zur Restschule werden soll, muss sie wirklich gleichwertig neben dem Gymnasium stehen. Dazu gehören auch folgende Themen, auf deren Erfüllung sich die Fraktionen in Hamburg ungeachtet des Scheiterns der Primarschule geeinigt haben:

- in beiden Schulformen sollen standortbezogen alle allgemein bildenden schulischen Abschlüsse nach insgesamt 12 bzw. 13 Jahren möglich sein;
- die Klassenfrequenz für Grundschulen (22), Gemeinschaftsschulen (23) und Gymnasien (27) wird abgesenkt und gesetzlich festgeschrieben;
- die äußere Fachleistungsdifferenzierung an den Gemeinschaftsschulen ist durch stärkere innere Differenzierung und Individualisierung (selbstorganisiertes Lernen) zu korrigieren;
- alle Schulen müssen eine am jeweiligen Bedarf ausgerichtete Ausstattung mit sozial- und förderpädagogischen Fachkräften erhalten;
- die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer wird im Hinblick auf die neuen Strukturen verbessert;
- das bürokratische und teure Schulbuchleihsystem wird durch Lernmittelfreiheit ersetzt;
- und das Elternwahlrecht in Bezug auf die weiterführenden Schulen gestärkt.

Wir möchten uns bei Ihnen herzlich bedanken für die positiven und unterstützenden Rückmeldungen zu unserer Entscheidung.

Unsere Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne "Macht Bildung" gehen selbstverständlich weiter. Wir werden weitere Veranstaltungen durchführen in Heusweiler, St. Ingbert, Dillingen und Riegelsberg. Die Termine können Sie nachlesen auf unserer Seite www.macht-bildung.de

Für Rückfragen oder Hinweise stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Commerçon